

Liebe Leserinnen und Leser



Nach wie vor hält uns die Corona-Pandemie fest im Griff. Trotz des engagierten Efforts der SVP kommen Lockerungen nur tröpfchenweise. Das bereitet mir grosse Sorgen, denn die Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 haben enorme wirtschaftliche Folgen. Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) waren Ende Februar 2021 167'953 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben. Das ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahresmonat von 50'131 Personen (+42,5%). Zwei Zahlen bereiten mir besonders Sorgen: Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 43,0% an und die Anzahl der Arbeitslosen zwischen 50-64 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 41,5%. Hinter diesen Zahlen stecken Schicksale. Das wird leider zu oft vergessen. Und wir reden nicht von einigen, wenigen Schicksalen, sondern von momentan insgesamt

259'735 registrierten Stellensuchenden. Das sind rund 69'336 Personen mehr als in der Vorjahresperiode vor dem ersten Lock-Down.

Vor diesem Hintergrund sind für mich die neuesten Zahlen des Bundesamtes für Statistik nicht nachvollziehbar. Die Wohnbevölkerung der Schweiz wuchs per Ende 2020 gegenüber dem Vorjahr um 0,7% auf 8,7 Millionen Menschen. Damit lebten Ende Dezember 61'100 Personen mehr in der Schweiz als im Jahr zuvor. Und dies trotz Corona-Krise, trotz eines Anstiegs der Todesfälle auf 76'000 (plus 12,1 Prozent gegenüber 2019) und trotz sinkenden Geburtsraten. Trotz fehlender Arbeitsplätze, Lock-Downs, einer Wirtschaftskrise und dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen hält die ungebremste Masseneinwanderung an. Dabei muss man beachten, dass im Dezember 2020 293'678 Personen von Kurzarbeit betroffen waren. Es ist noch nicht klar, ob sie beim Anhalten der Pandemie nicht auch ihre Stelle verlieren. Ich möchte nicht schwarzmalen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es der Schweizer Wirtschaft gelingen wird die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Ich glaube an unseren Fleiss, unser Unternehmertum und unsere Kraft. Es zeigt sich aber deutlich, dass es dazu Massnahmen von der Politik braucht. Die Lösung ist klar: Eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sonst verschlimmert sich die Lage für unsere Bevölkerung weiter.

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im April/Mai >>

22

Kantonale Delegierten-
versammlung

ABGESAGT

03

Sondersession Nationalrat

05

Sitzung Kantonsratsfraktion

Regierung sagt Spange NOrd



Der Luzerner Regierungsrat verzichtet auf die Weiterführung des Projekts Spange Nord. Er möchte die Ergebnisse des Projekts «Zukunft Mobilität Kanton Luzern» abwarten und dann prüfen, ob sich ein Nachfolgeprojekt realisieren lässt. Der Kredit von über 6,5 Millionen Franken für die weitere Planung ist indes ohne Ergebnis verpulvert worden.

Die SVP Kanton Luzern ist von der Haltung des Regierungsrates enttäuscht, da sich viele bei der Vernehmlassung für die Reussportbrücke mit Inbetriebnahme des bestehenden Autobahnanschlusses ausgesprochen haben. Wieder einmal wird der Motorisierte Individualverkehr ohne Alternativen vernachlässigt.

Infos über die SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

Am 13. Juni 2021 wird die Schweizer Stimmbevölkerung über fünf nationale Vorlagen abstimmen. Nebst zwei Initiativen, kommen auch drei Referenden an die Urne. An der online Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 27.3.2021 haben die Delegierten die Parolen für die bevorstehenden Abstimmungen gefasst.

Die Abstimmungsvorlagen im Überblick:

Stimmfreigabe für Covid-19-Gesetz

Das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) regelt etwa die Befugnisse des Bundesrats bei der Pandemie-Bekämpfung. Für die SVP ist das Gesetz komplett verknorzt, weil es sachfremde Themen verknüpft: Einerseits die wirtschaftlichen Hilfen und andererseits die Erteilung weitreichender Machtbefugnisse an den Bundesrat. Für ein Nein spricht, dass damit die Macht des Bundesrates zurückgebunden würde. Auch wäre es die berechtigte Quittung für die schädliche Lockdown-Politik. Für ein Ja spricht hingegen, dass das Gesetz die Grundlage bildet für die wirtschaftlichen Hilfe an die unter den Corona-Massnahmen leidenden Menschen und Betriebe.

Mit dieser herausfordernden Ausgangslage haben sich die Delegierten für Stimmfreigabe ausgesprochen.

Nein zu CO₂-Gesetz

Das Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) will die Treibhausgasemissionen vermindern. Mit dem neuen geplanten CO₂-Gesetz drohen mehr Bürokratie und steigende Kosten. Nicht mehr die Effizienz in der Klimapolitik, sondern die Verteuerung des Energieverbrauchs steht dabei im Zentrum. Mit Verboten, Vorschriften und Auflagen soll der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft, ein neues Verhalten aufgezwungen werden. Dem Klima wird dies nichts nützen und es würden horrenden Kosten auf uns zukommen. Die Verteuerungen würden nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern insbesondere auch Hauseigentümer, Mieter, Autofahrer und Flugreisende treffen.

Die Delegierten haben grossmehrheitlich die NEIN-Parole gefasst.

Gegen Terror

Der islamistische Terrorismus macht auch vor der Schweiz nicht Halt, wie die, letztes Jahr in Morges und Lugano verübten Attentate zeigen. Im Kampf gegen den radikalen politischen Islam sind den Strafverfolgungsbehörden jedoch oft die Hände gebunden. Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (Anti-Terror-Gesetz) soll der Polizei ermöglichen, gegen sogenannte terroristische Gefährder präventive Massnahmen zu ergreifen.

Die Delegierten haben die JA-Parole gefasst.

Trinkwasser-Initiative / Pestizid-Initiative

Bei den Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasser-Initiative) und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Pestizid-Initiative) handelt es sich um extreme, linke Forderungen. Die Vorlagen würden unsere produzierende Landwirtschaft zerstören und damit unsere Selbstversorgung mit gesunden und regionalen Lebensmitteln massiv schwächen. Auch würde die Annahme der Initiativen Schweizer Lebensmittel wesentlich verteuern und zu noch mehr fragwürdigen Importen führen.

Die Delegierten der SVP Schweiz lehnen die Initiativen klar ab.

Die SVP Kanton Luzern hat ihre Parolen noch nicht gefasst. Weitere Informationen zur Parolenfassung der SVP Kanton Luzern finden Sie unter: www.svp-lu.ch



Ihre Stimme zählt! Gehen Sie am 13. Juni 2021 abstimmen.

Nachgefragt bei



Mauro Tuena
Nationalrat, Zürich

Weshalb lehnen Sie das Referendum gegen das «Anti-Terror-Gesetz» ab?

In den Knochen sitzt uns eine Messerattacke eines radikalisierten 26-jährigen Mannes Mitte September 2020 in Morges (VD). 2020 sticht eine 28-jährige Frau mit «dschihadistischen Hintergrund» in Lugano (TI) auf eine Person ein. Beide Attentäter waren den Behörden im Vorfeld bekannt. Damit diese Attentate hätten verhindert werden können, hätte die Polizei aber zusätzliche Instrumente benötigt.

Bei diesem Gesetz geht es darum, dass die Polizei zusätzliche Instrumente erhalten soll, um mit terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern umgehen zu können. Es sind präventive Massnahmen, welche den Polizeiorganen erlauben, einen Terroranschlag möglichst zu verhindern.

Die Politik hat die Pflicht alles zu unternehmen, um terroristische Anschläge gegen unsere Bevölkerung möglichst zu verhindern. Dieses neue Gesetz steht im Einklang mit unserem Parteiprogramm. Die tragenden Säulen unserer Schweiz, nämlich unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und unsere Selbstbestimmung werden mit diesem Gesetz nicht tangiert. Aber die Sicherheit von uns allen wird gestärkt.



Mitte-Links-Mehrheit treibt uns in den Ruin

Nach dem ersten Drittel der Legislaturperiode 2019-2023 fällt die Bilanz verheerend aus: Der grüne Größenwahn und die verantwortungslose Corona-Politik des Bundesrats sind Gift für unser Land. Die SVP kontert mit einem 10-Punkte-Plan für eine freie und prosperierende Schweiz.

Die SVP zieht eine kritische Bilanz nach der Klimawahl 2019. Das Staatsdefizit erreicht Rekordwerte. Gleichzeitig verschwendet das Parlament Milliarden für unsinnige Klimaprojekte, presst die Bevölkerung mit Steuern und Abgaben aus und schränkt die Freiheit ein. Die SVP hat deshalb einen 10-Punkte-Plan erarbeitet.

Flüchtlingsstatus veraltet

In der Asylpolitik tickt die Zeitbombe weiter. «Mit dem Uno-Migrationspakt öffnen wir die Schleusen für die ganze Welt», warnt Andreas Glarner. Der SVP-Asylverantwortliche kündigt einen parlamentarischen Vorstoss an, der den veralteten Flüchtlingsstatus aus dem Zweiten Weltkrieg neu definieren will. «Wenn wir nicht resolut den Riegel schieben, verlieren wir die Kontrolle über unsere Einwanderungspolitik komplett und werden von Flüchtlingen aus aller Welt überrannt», so Glarner.



Die Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft sind gigantisch. Thomas Aeschi, Fraktionspräsident



Keine schleichende Anbindung

Die Volkspartei kritisiert die Lockdown-Massnahmen des Bundesrats. In der Europapolitik fordert die SVP die Beerdigung des institutionellen Abkommens und verlangt, dass der Bundesrat die Übung abbricht. Gemäss ihrem Legislaturziel „kein schleichender EU-Beitritt“ fordert die SVP zudem, dass die Schweiz keine erpresserische Marktzugangsprämie an die EU zahlt und nicht automatisch EU-Recht übernimmt.

Getreu dem «Freiheitsbund», bekämpft die SVP die Verschwendungspolitik der Linken mit verschiedenen Vorstössen. Zudem verlangt die SVP eine Kürzung der Parlamentarierlöhne um 20 Prozent als Corona-Solidaritätsmassnahme.

Bild des Monats



Franz Ruppen mit Glanz-Resultat gewählt

Die SVP ist zurück in der Walliser Regierung! Herzliche Gratulation an Franz Ruppen zu seiner glanzvollen Wahl in den Staatsrat. Die SVP Kanton Luzern nimmt mit grosser Freude zur Kenntnis, dass die SVP mit der Wahl von Nationalrat Franz Ruppen wieder in der Walliser Kantonsregierung vertreten ist. Besonders erfreulich ist, dass Franz Ruppen von den sechs Kandidierenden das zweitbeste Resultat erreichte und sich klar gegen den CVP-Kandidaten Serge Gaudin durchgesetzt hat.



Enttäuschende Antwort

Der Regierungsrat hat Stellung zur Antistauinitiative genommen. Zwar anerkennt er die Anliegen, versteckt sich aber hinter bestehenden Planungen und Projekten. Die SVP Kanton Luzern wird sich im Kantonsrat für die Unterstützung der Initiative aussprechen oder einen griffigen Gegenvorschlag fordern.

Die Luzerner Regierung hat sich zur Antistauinitiative geäussert. In seiner Stellungnahme zeigt er zwar Verständnis für das Anliegen der Antistauinitiative der Jungen SVP Kanton Luzern, wonach der motorisierte Individualverkehr (MIV) volkswirtschaftlich wichtig sei, beweist allerdings mit seiner Antwort, dass er die Verkehrsprobleme nicht anpackt. In seiner Botschaft versteckt sich der Regierungsrat hinter Richtplänen, bestehenden Planungen oder Projekten, anstatt das Problem aktiv anzugehen. Die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Bevölkerung werden damit nicht aufgenommen und die Forderungen der Initianten werden unter den Teppich gekehrt. Umfragen bestätigen, dass das Anliegen getragen wird. Eine Studie von DemoScope bei TCS-Mitgliedern hat ergeben, dass 60% mit einer autofeindlichen Politik nicht einverstanden sind. 88% der Befragten waren der Meinung, dass das Vorwärtsskommen mit dem Auto verbessert werden muss und 76% wollen nicht, dass der MIV gegenüber dem ÖV benachteiligt wird. Zahlen von LUSTAT Statistik Luzern unterstreichen dies. 73% der Bevölkerung gehen einer Tätigkeit ausserhalb der eigenen Wohngemeinde nach. Dabei wird meistens das Auto verwendet: 60% der interkantonalen Pendler reisen mit dem Auto. Rund Zweidrittel der Distanzen werden mit dem Auto zurückgelegt.

Wieso kein Gegenvorschlag?

Trotz zunehmenden Stautunden und den dadurch entstehenden volkswirtschaftlichen Schäden, will sich der Regierungsrat aber nicht dem Problem annehmen. Damit verpasst er eine Chance, denn Stau verursacht in der Schweiz rund 1.6 Milliarden Franken Kosten pro Jahr – Tendenz steigend. Mit der Antistauinitiative könnte man die Kosten im Kanton senken. Für die SVP Kanton Luzern ist klar, dass mit dem Fokus auf Velo-, Fuss- und öffentlichem Verkehr die Verkehrsprobleme nicht gelöst werden. Seit Jahren investiert man mit mässigem Erfolg in diese Verkehrsträger. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass der Regierungsrat nicht einmal einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat.

Es braucht Verbesserungen

Spricht man von Verkehrsproblemen, denkt man meistens von der Stadt Luzern und den Agglomerationsgemeinden. Während die Verkehrsprobleme der Stadt Luzern oftmals hausgemacht sind, sind die Verkehrsprobleme der ländlichen Gemeinden dem mangelhaften Ausbau der Strasseninfrastruktur geschuldet. Hier setzt die Initiative an, indem sie etwa Umfahrungen fördern will, die auch den Anwohnern Vorteile bringen. So könnten Ortsdurchfahrten beruhigt werden, ohne dass der Verkehrsfluss beeinträchtigt wird. Ein Gegenvorschlag hätte in diese Richtung gehen können. Nun liegt es am Parlament zu entscheiden. Die SVP Kanton Luzern wird sich im Kantonsrat für die Unterstützung der Initiative aussprechen oder einen griffigen Gegenvorschlag fordern.



*Verkehrsinfrastruktur ist
Erfolgsfaktor unseres Kantons.*



Liebe SVP-Familie

Leider verpasst es der Regierungsrat die Verkehrsprobleme in unserem Kanton mit der Antistauinitiative anzupacken. Dabei vergisst er, dass die Mobilität als Motor der Wirtschaft und des Handels gilt und somit eine Wohlstandsgarantin ist. Die Verkehrsinfrastruktur ist deshalb ein Erfolgsfaktor und Standortvorteil unseres Kantons.

Die permanente Überlastung auf dem Strassennetz ist ein Armutszeugnis für unseren Wirtschaftskanton. Gegen diese Probleme richtet sich die Antistauinitiative. Die SVP Kanton Luzern wird sich vehement für diese Anliegen einsetzen, denn die Luzernerinnen und Luzerner zahlen immer mehr für das Autofahren, aber bekommen immer weniger Leistungen. Das geht nicht.

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch